

# **Grundsatzprogramm der Landeschüler\*innenvertretung NRW**

# 1 I Präambel

2

3 Die Weltgesellschaft, immer hin und her gerissen von wirtschaftlichen Krisen, militärischen  
4 Konflikten und dem Streben nach Vorherrschaft, bedarf einer an ihre Wurzel gehenden  
5 Umstrukturierung.

6 Die bisherigen Verhältnisse sind klar: Die Industrieländer beherrschen mit ihrer  
7 wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht das Leben eines großen Teils der  
8 Weltbevölkerung. Geld ist Macht und wer sich im Sinne der Ellenbogengesellschaft am  
9 besten durchzusetzen weiß, vermag vorübergehend auf der Gewinnerseite zu stehen.

10 Die Verfassungen der westlichen Demokratien erheben in einer Vielzahl von Punkten  
11 Ansprüche, die sie nicht erfüllen können. So werden zahlreiche Gesellschaftsgruppen  
12 diskriminiert. Zwar ist die Emanzipation von Frauen, nur um ein Beispiel zu nennen, auch in  
13 Deutschland im Grundgesetz manifestiert. Viele Menschen sind in unserer Gesellschaft  
14 noch heute von Hass und Diskriminierung, Homo – und Transphobie, Xenophobie und  
15 Antisemitismus betroffen. Beispielsweise ist die Emanzipation von Frauen im  
16 Grundsatzprogramm manifestiert, trotzdem leiden Frauen noch immer unter struktureller  
17 Gewalt, sozialer Ausgrenzung und Stereotypen.

18 Darüber hinaus können die Demokratien keine dem 21. Jahrhundert angemessene  
19 Integrationspolitik leisten. Asylbewerber\*innen werden mit einer Bürokratie und einer  
20 Gesetzesflut konfrontiert, die sie nur schwerlich verstehen und bewältigen können. Das  
21 Verfahren des Asylantrages und die damit verbundenen Anstrengungen sind der gesamten  
22 Bevölkerung nicht transparent genug gehalten, so dass sich Unmut breit macht, der zu  
23 Diskriminierung führt und letztendlich auch Fremdenhass motiviert.

24 Von der Tatsache ausgehend, dass bei 4% der deutschen Gesellschaft über die Hälfte des  
25 Gesamtvermögens liegt, kann niemand von sozialer Gerechtigkeit sprechen. Die soziale  
26 Frage wartet auch im 21. Jahrhundert auf eine umfassende und gerechte Antwort. Die  
27 Menschheit muss erkennen, dass Wirtschaft ein Instrument aller zum Wohlstand aller sein  
28 muss und nicht das Instrument weniger zur eigenen Bereicherung. Die Wirtschaft muss sich  
29 den Menschen anpassen, nicht umgekehrt. Menschen sind Individuen und keine Waren!

30 Schon junge Menschen werden mit den sozialen Ungerechtigkeiten unmittelbar konfrontiert.  
31 Die soziale Herkunft programmiert individuelle Werdegänge vor. Das beweist die PISA  
32 Studie. Diese Vergleichsstudie legt auch dar, dass nahezu ein Viertel der Schüler\*innen in  
33 eine soziale Unterklasse von Bildungsarmen entlassen wird. Es geht auch anders!

34 Das von uns geforderte Schulsystem soll daher soziale Ungerechtigkeit überwinden.

35 Chancengleichheit kann nur geschaffen werden, indem jedem Schüler und jeder Schülerin  
36 ein gleichwertiges Bildungsangebot zu Gute kommt, was ein dreigliedriges selektives  
37 Schulsystem ausschließt. Die vermittelte Bildung soll selbstdenkende, kritische und damit  
38 demokratietaugliche mündige Bürger schaffen. Nur solche, denen es möglich ist,  
39 vorherrschende Missstände zu erkennen und zu beseitigen, können sich am  
40 gesamtgesellschaftlichen Dialog beteiligen und sich einbringen.

41 „Ist das Reich der Gedanken erst revolutioniert, hält die Wirklichkeit nicht lange stand.“  
42 (Hegel)

43

44

## 45 **II Bildungsbegriff**

46

47 Die LSV NRW definiert Bildung als vielschichtiges Ideal, das auf vier wesentlichen Säulen  
48 ruht: der „Erziehung zur Mündigkeit“ (Adorno), der bewussten Habitusformung, humanisti-  
49 schen Werten und der praktischen Anwendbarkeit des Gelernten. Dieses Bildungsverständ-  
50 nis soll das Fundament für ein Schulsystem bilden, das allen Schüler\*innen in Nordrhein-  
51 Westfalen bestmögliche Bildung ermöglicht. Dabei steht die Erziehung zur Mündigkeit an  
52 erster Stelle, sie wird von den drei anderen Säulen ergänzt.

53

54 Mündigkeit muss das zentrale Ziel von Bildung sein, denn nur mit mündigen Menschen kann  
55 eine wirklich demokratische Gesellschaft gestaltet werden. In Ableitung von Immanuel Kants  
56 Unmündigkeitsbegriff ist Mündigkeit die Fähigkeit des Einzelnen, sich des eigenen Verstan-  
57 des ohne Anleitung durch andere zu bedienen und den Mut dazu aufzubringen ihn zu nut-  
58 zen. Die Entwicklung zur Mündigkeit ist ein Prozess, der in der frühen Kindheit beginnen  
59 muss und in der Schule systematisch, aber nicht Ideologie getrieben fortgesetzt werden  
60 muss. Leider ist festzustellen, dass dieses grundlegende Bildungsideal bisher in keinem  
61 Bildungssystem vollständig verwirklicht wurde.

62

63 Ein wesentlicher Grund dafür liegt in den Strukturen der Gesellschaft, wie Pierre Bourdieu  
64 sie beschrieben hat. Das Konzept des Habitus erklärt, wie grundlegende klassenspezifische  
65 Verhaltensmuster entstehen und sich selbst reproduzieren. Das gegenwärtige Bildungssys-  
66 tem privilegiert dabei systematisch jene Schüler\*innen, die der Mittel- und Oberklasse an-  
67 gehören, während die Schüler\*innen aus der Arbeiter\*innenklasse strukturell benachteiligt  
68 werden. Um diese Ungleichheit zu beenden, muss die Schule entsprechend Bourdieus The-  
69 orie der Kapitalarten kulturelles Kapital in einem entsprechenden Maße an alle Schüler\*in-  
70 nen vermitteln und dabei gezielt fördern, wo es notwendig oder sinnvoll ist. Dies bedeutet  
71 nicht nur die Vermittlung von kulturellem Wissen, sondern auch die Schaffung von Räumen  
72 zur aktiven Auseinandersetzung damit. Die daraus resultierende Habitusbildung muss dabei  
73 immer die Anerkennung und den Respekt vor unterschiedlichen Ausprägungen des Habitus  
74 beinhalten.

75

76 Der humanistische Bildungsansatz ist für uns untrennbar mit dem Begriff der Mündigkeit  
77 verbunden. Er sieht den Menschen in seiner Ganzheit und seine unveräußerlichen Rechte.  
78 Diese humanistische Perspektive ist für eine zeitgemäße Bildung und konstruktive Konflikt-  
79 lösung in der Schule notwendig. Dabei ist es wichtig, dass dieser Humanismus nicht seitens  
80 der Schule beziehungsweise des Staats aufgezwungen wird, sondern durch Diskussion und  
81 solidarisches Handeln zum Tragen kommt.

82

83 Bildung muss unserer Auffassung nach auch eine Brücke zwischen Theorie und Praxis  
84 schlagen. Das in der Schule vermittelte Wissen muss mit der Lebenswirklichkeit der Schü-  
85 ler\*innen verknüpft werden, wobei auch nicht-akademische Wissensformen ihre Berechti-  
86 gung und Platz zu finden haben. Dabei ist jedoch, wie Adorno warnt, ein Abrutschen in einen  
87 "überwertigen Realismus" zu vermeiden oder aktuell eher zu beenden, der die praktische  
88 Anwendbarkeit zum alleinigen Maßstab erhebt und damit selbst zur Ideologie wird.

89

## 90 **III Bildungspolitisches**

91

92 Noch immer bestimmt die soziale Herkunft (Wohnort, Nationalität, Religion, Situation und  
93 Bildung im Elternhaus) die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern. Ergebnisse  
94 verschiedener Studien (z.B. Iglu, PISA, TIMSS) haben gezeigt, dass nicht allein individuelle  
95 geistige Voraussetzungen über den jeweiligen Bildungsweg entscheiden.

96 Die aktuelle bildungspolitische Situation ist gekennzeichnet durch ein mehrgliedriges  
97 selektives Schulsystem, Unterrichtsausfall, Kürzungen, Konkurrenz, Chancenungleichheit  
98 und mittelmäßige Lernergebnisse.

99 Kurzum: Unser Schulsystem leistet nicht das, was es leisten sollte. Schule bereitet nicht  
100 ausreichend auf das Leben vor. Zentrale Forderung der LSV ist die Einführung der  
101 inklusiven Ganztags Gesamtschule (IGGS) als Regelschule. Unter anderem durch die  
102 Einführung der IGGS wird die Solidarität und Kollektivität unter den Schüler\*innen gefördert  
103 und eine angemessene Lern- und Lebensumgebung geschaffen, die der zunehmenden  
104 Vereinsamung und Orientierungslosigkeit unter Schüler\*innen vorbeugt, wie sie sich in der  
105 Zunahme psychischer Erkrankungen bei Schüler\*innen manifestiert. Das alleine ist natürlich  
106 nicht die Lösung aller bildungspolitischen Probleme und wir möchten die von uns geforderte  
107 IGGS auch deutlich von der derzeitigen Gesamtschule abgrenzen.

108 Deswegen folgen hierzu einige Ausführungen...

109

### 110 **1. Inklusive Ganztags Gesamtschule**

111

#### 112 **Inklusiv**

113 In der inklusiven Ganztags Gesamtschule sollen Schüler\*innen unterschiedlichster Herkunft,  
114 Vorgeschichte und Beeinträchtigungen miteinander lernen und leben, um von ihren  
115 jeweiligen Stärken und Persönlichkeiten gemeinsam profitieren zu können. So lernen sie  
116 unter anderem Rücksichtnahme und entwickeln soziale Kompetenzen, denn es ist durch  
117 mehrere Gewerkschaftsstudien erwiesen, dass heterogene Lerngruppen für ein soziales  
118 Miteinander und einen besseren Lernerfolg förderlich sind. Zum anderen soll die  
119 Ausgrenzung von Minderheiten vermieden werden. Durch Respekt, Akzeptanz und Toleranz  
120 gegenüber Minderheiten ergibt sich die Möglichkeit für Schüler\*innen, in  
121 einem harmonischen und vorurteilsfreien Miteinander zu leben. So erlernen die  
122 Schüler\*innen, die Besonderheiten der Individuen als Bereicherung aufzufassen und  
123 Vorurteile zu hinterfragen und abzubauen.

124

#### 125 **Ganztag**

126 Schule soll nicht mehr ausschließlich Lernraum, sondern auch Lebensraum sein.  
127 Arbeitsgemeinschaften, sportliche, kreative und musische Angebote sollen fester  
128 Bestandteil des Schulalltags sein. Es muss eine sinnvolle und abwechslungsreiche  
129 Verknüpfung von Lern- und  
130 Lebensphasen geben. Die Schüler\*innen sollen außerdem einen gesunden Lebensstil  
131 vorgelebt bekommen und in diesem gefördert werden, so zum Beispiel durch  
132 ergonomisches Mobiliar, Sportangebote und gesundes Mittagessen. Die Themen  
133 psychische und physische Gesundheit, Hygiene, Ernährung und Körperbewusstsein sollen  
134 auch Bestandteil von Unterricht und Projekten sein. Psychosoziale Beratung und

135 Unterstützung sollen allen Schüler\*innen kostenfrei ermöglicht werden und die Pflege der  
136 eigenen, psychischen Gesundheit soll im Laufe der Schullaufbahn alters- und  
137 situationsgerecht begleitet werden.

138

### 139 **Gesamtschule**

140 Wir fordern eine Schule für alle und somit die Auflösung des mehrgliedrigen Schulsystems.  
141 Durch die so entstandene heterogene Schüler\*innenschaft können Schülerinnen und  
142 Schüler lernen, die Vielfalt als Bereicherung und Chance zu sehen. Maßstäbe hierfür sind  
143 individuelle Fähigkeiten, Interessen, Talente, Alter und soziale Herkunft. Außerdem lernen  
144 sie, mit und voneinander zu lernen und sich gegenseitig soweit wie möglich zu unterstützen.  
145 Die LSV NRW strebt eine IGS mit einem allgemeinen Schulabschluss an, der ein  
146 wirtschaftlich selbstbestimmtes Leben nach der 10. Klasse ermöglicht. Im Anschluss daran  
147 wird in der Schule eine weiterführende dreijährige Ausbildung angeboten, die eine  
148 Berufsausbildung beinhaltet oder studiumsvorbereitend ist. Zudem soll der  
149 Hochschulzugang auch Nicht-Abiturient\*innen ermöglicht werden.

150

### 151 **Gestaltung des Lernens**

- 152 • Der Charakter des Lernens muss praxisorientiert und nützlich für eine weitere  
153 selbstbestimmte Lebensgestaltung sein.
- 154 • Zusätzlich zu kleinen Lerngruppen muss individuelle Förderung betrieben werden.
- 155 • Die LSV NRW fordert eine von Schüler\*innen mitbestimmte Lernatmosphäre.
- 156 • Lerngruppen sollten nach Möglichkeit alters- und leistungsheterogen  
157 zusammengesetzt sein.
- 158 • Lerninhalte und Lernzeit dürfen nicht durch den Lehrplan diktiert werden, sondern  
159 müssen sich an den Interessen der Schüler\*innen orientieren und maßgebend durch  
160 diese mitbestimmt werden.
- 161 • Zum Lernen sollten neue Medien verstärkt im Unterricht zum Einsatz kommen.
- 162 • Lernen sollte in einer geschützten Umgebung stattfinden, die sich zu jeder Zeit an  
163 der emotionalen Reife der Schüler\*innen orientiert und Schüler\*innen auch bei  
164 außerschulischen Konflikten und Problemen auffängt und unterstützt.

165

166 Solange die Forderung von direkt Betroffenen nach Förderschulen noch existiert, wird deren  
167 Auflösung nicht weiter gefordert.

168

### 169 **2. Recht auf allgemeine Bildung**

170 Bildung muss jedem gebührenfrei zugänglich sein. Lernen nach den individuellen  
171 Ansprüchen des Einzelnen - ohne Vernachlässigung des Grundwissens - ist als Hauptpfeiler  
172 des Schulsystems zu sehen. Wir fordern ein ausgeglichenes und ausgewogenes  
173 Fächerangebot, welches das Spektrum der Gesellschafts-, Natur- und  
174 Sprachwissenschaften sowie der Kunst abdeckt. Schüler\*innen müssen lernen, sich  
175 selbst Urteile über Geschehnisse und Vorgänge zu bilden. Tagespolitik und Zeitgeschehen  
176 dürfen Schüler\*innen nicht unverständlich erscheinen.

177 Ziel der Bildung muss es sein, die Schüler\*innen zu mündigen, demokratisch denkenden  
178 und handelnden Bürger\*innen zu erziehen. Eine allgemeine Bildung ist daher unabdingbar.  
179 In der Landesverfassung von NRW steht unter dem Punkt „Bildungsziele“ immer noch die

180 Formulierung, Schüler\*innen müssten zur „Ehrfurcht vor Gott“ (Art.7 Abs.1) und zur „Liebe  
181 zu Volk und Heimat“ (Art.7 Abs.2) erzogen werden. Da nach Ansicht der LSV NRW diese  
182 Punkte schon immer falsch waren fordern wir, deren Umformulierung: „Ehrfurcht vor Gott“  
183 soll umformuliert werden in „Akzeptanz aller Religionen“; „Liebe zu Volk und Heimat“ in  
184 „Offenheit und Toleranz gegenüber allen Menschen“.

185

### 186 **3. Privatisierung**

187 Trotz der noch immer andauernden Wirtschaftskrise und deren verheerenden Folgen  
188 fordern wirtschaftsnahe Kreise nach wie vor: „Privat vor Staat!“. Trotz der offensichtlichen  
189 Spekulation wird öffentliches Eigentum in die Hände der Wirtschaft gelegt und so verschenkt  
190 oder verspielt: Entstehen Gewinne, landen diese in den privaten Kassen der Unternehmen,  
191 entstehen Verluste, muss die Allgemeinheit einspringen.

192

193 Auch im Bildungsbereich zieht sich der Staat immer weiter aus seiner sozialen  
194 Verantwortung zurück und öffnet damit ein immer breiteres Feld für die Wirtschaft. Doch es  
195 ist die Aufgabe des Staates, öffentliche Daseinsfürsorge zu betreiben. Das heißt, dass der  
196 Staat dafür verantwortlich ist - über Steuern - die für die Gesellschaft notwendigen  
197 Einrichtungen zu finanzieren, die der Einzelne aus eigener Tasche nicht finanzieren kann.  
198 Im Bildungsbereich soll damit garantiert sein, dass jeder Mensch unabhängig von der  
199 eigenen wirtschaftlichen Situation und fremden Interessen Bildung erlangen kann. Werden  
200 nun unsere Bildungseinrichtungen für Unternehmen geöffnet, kann dies nicht mehr  
201 gewährleistet werden. Die Unternehmen können durch ihr Einwirken Einfluss auf die  
202 Bildungsinhalte im Unterricht nehmen und diesen unabhängig von den Interessen der  
203 Allgemeinheit gestalten.

204 Da sich viele Menschen nicht sicher sind, ob Privatisierungen im Bildungsbereich der  
205 optimale Weg sind, scheint die Strategie folgende zu sein: Das Bildungssystem wird durch  
206 Unterfinanzierung absichtlich kaputt gespart, das Ergebnis wird durch die OECD und deren  
207 Pisa-Studie als „Bildungsnotstand“ qualifiziert, und als letzter Ausweg noch mehr  
208 Privatisierung gefordert. Doch wessen Interessen die OECD damit vertritt, wird vollkommen  
209 außer Acht gelassen.

210

211 Geld genug für ein gut ausgestattetes öffentliches Bildungssystem wäre vorhanden. Es wird  
212 jedoch für so unsinnige Vorhaben wie den Ausbau des Militärs investiert oder für  
213 Steuererleichterungen für die notleidenden Millionäre verwendet!

214

215 Schülerinnen und Schüler haben kein Interesse daran, dass öffentliche Einrichtungen  
216 privatisiert werden! Die LSV NRW spricht sich gegen jede Art der Privatisierung öffentlichen  
217 Eigentums aus.

218

219 Seit 1973 (Oberstufenreform) gibt es eine permanente Konterreform mit der die (Ab-)  
220 Wahlfreiheit immer weiter eingeschränkt wird. In einigen Bundesländern ist die Wahlfreiheit  
221 schon weitgehend abgeschafft, auch NRW steuert in diese Richtung. Dies zeigt ein  
222 generelles Misstrauen gegenüber Schüler\*innen und Lehrkräften und einen allgemeinen  
223 Kontrollzwang.

224 Wir fordern das Gegenteil: Jede\*r Schüler\*in soll ihre\*seine Interessen und Fähigkeiten im

225 Abitur einbringen können.

226 Daher fordern wir, dass in den vier Abiturfächern jeder der drei Aufgabenbereiche abgedeckt  
227 werden soll. Das vierte Prüfungsfach kann frei gewählt werden. Weitere Vorgaben gibt es  
228 nicht.

229 Dafür muss die Schule sicherstellen, dass ab mindestens sechs Schüler\*innen ein LK  
230 eingerichtet wird. Pro angefangenen 15 Schüler\*innen, soll die Schule dazu verpflichtet  
231 werden einen weiteren Kurs einzurichten. Die Kooperation von Schulen in diesem Punkt  
232 befürworten wir.

233 Für Schüler\*innen, die zwei Fächer aus dem Bereich Sport/Musik/Kunst ins Abitur  
234 einbringen möchten, kann das fünfte Abiturfach eine Lösung sein.

235 Außerdem fordern wir, dass wenn eine\*e Schüler\*in zu Beginn der Qualifikationsphase zwei  
236 Fächer eines Aufgabenbereiches belegt, andere Fächer aus diesem Bereich abgewählt  
237 werden können (z.B. Mathematik, wenn Informatik und Biologie belegt werden).

238

#### 239 **4. Bildungsfinanzierung**

240 Heutzutage hat die Wirtschaft die Möglichkeit, das System Schule materiell und finanziell  
241 zu unterstützen und so auf den ersten Blick aufzuwerten. Doch eine Einmischung der  
242 Wirtschaft in die Schule und finanzielle Zuwendungen bedeuten in ihrer Konsequenz eine  
243 Gefahr für die öffentliche, freie, staatlich garantierte und kostenlose Bildung:

244 Sobald Firmen bereit sind, in Schule zu investieren, liegt diesem Anliegen ein  
245 betriebswirtschaftlicher Vorgang zu Grunde: Das Streben nach Gewinn, Profit und Einfluss.  
246 Darum müssen die offensichtlich vorhandenen finanziellen Ressourcen der Wirtschaft in  
247 Form von Steuern eingetrieben und vom Staat verwaltet, anstatt für Sponsoring  
248 ausgegeben zu werden. Werden Zuwendungen von Seiten der Wirtschaft angenommen,  
249 entsteht eine Abhängigkeit und somit das Risiko, dass Schule ihre weitgehende  
250 Unabhängigkeit verliert. Zum anderen muss ein kostenloser Zugang zu Bildung vom Staat  
251 garantiert werden. Bildung darf also auch nicht durch Schul- oder Studiengebühren (teil-)  
252 finanziert wird. Auch die Kindergartenbetreuung darf nicht kostenpflichtig sein. Bildung, als  
253 Faktor für die Zukunft, muss jedem gleichermaßen zugänglich sein, unabhängig von den  
254 finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses. Doch auch von Seiten des Staates mangelt es  
255 an finanzieller Unterstützung für Schulen, besonders in NRW. So investierte das Land NRW  
256 im Jahr 2015 mit 6600€ pro Schüler\*in pro Jahr am wenigsten im bundesweiten Vergleich.  
257 Auch der Bundesweit vorliegende Investitionsstau von fast 50 Milliarden Euro im Bereich  
258 Schule wird nicht angegangen und so bleiben viele Schulen bei Modernisierungen auf der  
259 Strecke. Die LSV NRW fordert eine stärkere Priorisierung von Ausgaben im Bereich Bildung  
260 im Landeshaushalt und eine schnellere Umsetzung von Bauvorhaben durch Städte und  
261 Kommunen.

262

#### 263 **5. Schule und Religion**

264 „Die LSV NRW setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass das bereits bestehende Fach  
265 „Praktische Philosophie“ flächendeckend in NRW für alle Schüler\*innen verpflichtend  
266 eingeführt wird und den bisherigen Religionsunterricht ersetzt.

267 Dies ist notwendig, da ein gemeinsames Entwickeln von ethischen Werten und der Dialog  
268 über Religionen nur in Gemeinschaft stattfinden kann. Um unsere multikulturelle  
269 Gesellschaft konfliktfrei gestalten zu können, brauchen wir eine Aufklärung, die alle Kulturen

270 und Religionen einander näher bringt und eine bessere Verständigung ermöglicht.  
271 In diesem Zusammenhang ist der derzeitige Religionsunterricht ein Rückschritt, da er  
272 seinen Fokus einzig auf die jeweilige Religion (z.B. Christentum, Judentum, Islam) legt und  
273 andere Religionen sowie säkulare Weltansichten nur anschnidet. Das Ersatzfach für den  
274 Religionsunterricht muss ein Fach sein, welches dem Menschen und seiner Würde als  
275 gesetzgebendem, autonomen Wesen (I. Kant) gerecht wird. Das kann nur die Philosophie  
276 sein.

277 Das Fach Praktische Philosophie entspricht diesen Prinzipien und entwickelt seine Inhalte  
278 aus seiner Zweckbestimmung: Werte zu vermitteln, Wissen über Weltreligionen zu  
279 vermitteln und den Dialog zwischen ihnen zu fördern, Religionsfreiheit als Privatsache zu  
280 verstehen, Einblick in die weiteren philosophischen Disziplinen zu gewähren (z.B.  
281 Staatsphilosophie, Ontologie).

282 Die objektive Betrachtung der Kulturen und Religionen oder allgemein der Wissenschaften  
283 ist nicht möglich, wenn Schüler\*innen in ihrer Glaubens- und Meinungsfreiheit durch  
284 konfessionell einseitigen Unterricht eingeschränkt sind.

285  
286 Gemäß des Prinzips der Trennung von Staat und Kirche, welches wir einfordern, ist es nicht  
287 korrekt, kirchliche Vertreter\*innen in ihrer Funktion in den Schulausschüssen über die  
288 Entwicklung der Schule mitwirken zu lassen.

289

## 290 **6. Sexualkunde**

291 Der Sexualkundeunterricht in der Schule soll die Schüler\*innen auf ein selbstbestimmtes  
292 und sicheres Sexualleben vorbereiten. Dieser Sexualkundeunterricht muss dafür sowohl auf  
293 Themen wie Schwangerschaft, Verhütung und Schutz vor sexuellen Krankheiten eingehen,  
294 als auch auf Themen wie die Periode, die Risiken von Tampons und der Pille (Wie erkenne  
295 ich Thrombose/Toxisches Schocksyndrom?). Auch muss über Vergewaltigungen, sexuelle  
296 Belästigung und Grenzen geredet werden. Schüler\*innen müssen lernen, wie sie Grenzen  
297 von sich und anderen erkennen und lernen diese durchzusetzen bzw zu respektieren. Die  
298 Reduzierung von Sex auf Fortpflanzung muss beendet werden. Es soll nicht nur auf die  
299 biologische Seite, sondern auch auf die sinnliche und liebevolle Seite von Sex eingegangen  
300 werden damit Schüler\*innen einen verantwortlichen Umgang mit der sexuellen  
301 Selbstbestimmung lernen. Auch sexuelle Vielfalt und Themen wie Homo- und  
302 Transsexualität müssen behandelt werden. Alle Sexualitäten werden dabei gleichwertig und  
303 ebenwürdig behandelt. Dabei sollte auch (ggf parallel im Politikunterricht) auf Homo- und  
304 Transphobie eingegangen werden. Außerdem soll auf die biologischen sowie die  
305 verschiedenen sozialen Geschlechter eingegangen werden.  
306 Es ist wichtig, dass Sexualkunde in einer vertrauensvollen Atmosphäre stattfindet. Darauf  
307 müssen Lehrer\*innen während des Studiums gezielt vorbereitet werden oder Fortbildungen  
308 besuchen. Gegebenenfalls können dafür auch externe Referent\*innen zu Hilfe gezogen  
309 werden, zB. ProFamilia. Des Weiteren muss für ein so wichtiges Thema genügend Platz im  
310 Lehrplan gemacht werden.

311

## 312 **7. Sportunterricht**

313 Der Sportunterricht an den Schulen in seiner derzeitigen Form ist nicht mehr zeitgemäß.  
314 Sportunterricht wurde ursprünglich eingeführt, um eine Grundfitness der Schülerinnen und



315 Schüler zu garantieren, damit diese im Kriegsfall in der Lage gewesen wären, das Land zu  
316 verteidigen. Daher fordert die LSV NRW, dass der derzeitige Sportunterricht durch einen  
317 Sport- und Gesundheitsunterricht ersetzt wird. Schulsport muss nicht mehr  
318 leistungsorientiert sein, sondern sollte vielmehr eine gesunde Lebensweise vermitteln.  
319 Neben genügend Bewegung sollte unter anderem auch eine gute und gesunde Ernährung  
320 Thema des Unterrichts sein. Nicht jedeR Schüler\*in betreibt Sport in der Freizeit und  
321 Schulsport kann dann ein guter Ausgleich dafür sein. Außerdem ist nicht jede\*r Schüler\*in  
322 bewusst, wie man sich gut und gesund ernähren kann und warum das so wichtig ist.  
323 Die Grundvoraussetzung für diesen Unterricht ist, dass die Lernatmosphäre für jedeN  
324 Schüler\*in annehmbar ist und persönliche Grenzen, insbesondere beim Schwimmunterricht  
325 (z.B. im Bezug auf Schamgefühl), berücksichtigt werden. Zudem sollen verstärkt  
326 Grundkompetenzen wie Teamwork und Verantwortungsbereitschaft sportpädagogisch  
327 vermittelt werden.  
328 Die Teilnahme am Sport- und Gesundheitsunterricht sollte weiterhin verpflichtend sein,  
329 allerdings ist eine Benotung nicht mehr erforderlich.  
330 Um besonders sportlichen Schüler\*innen die Möglichkeit auf einen leistungsorientierten  
331 Sportunterricht nicht zu verwehren, sollte Sport als Wahlfach, welches den/die Schüler\*in  
332 von der Teilnahme am Gesundheitsunterricht nicht befreit, angeboten werden. Sport als  
333 Wahlfach wird weiterhin bewertet und auch Sport-Leistungskurse werden bei genügend  
334 Nachfrage weiterhin angeboten.

335

### 336 **8. Schulverpflegung**

337 Zu einer kostenlosen Bildung gehört auch eine kostenlose Schulverpflegung. Diese sollte  
338 sich an den Essgewohnheiten (vegan, vegetarisch, etc.) der Schülerinnen und Schüler  
339 orientieren, sowie abwechslungsreich, sättigend und ausgewogen sein. Die Zutaten, die für  
340 die Speisen verwendet werden, sollten möglichst frisch und biologisch sein. Des Weiteren  
341 sollte darauf geachtet werden, dass die Zutaten aus der Region stammen und saisonal sind,  
342 um so ein Bewusstsein für Ökologie bei Schüler\*innen zu schaffen und Belastung der  
343 Umwelt durch z.B. Verpackungen zu vermeiden. Außerdem sollen die Zutaten fair gehandelt  
344 sein. Die LSV NRW unterstützt das Konzept von Fair-Trade-Schulen. Genauso soll auch die  
345 Zubereitung der Speisen vor Ort stattfinden und den Hygienestandards des Landes NRW  
346 entsprechen. Dabei sollen Schüler\*innen die Möglichkeit haben, die Zubereitung der  
347 Speisen zu kontrollieren und sollen derzeit bei der Auswahl von Caterern beteiligt sein. Die  
348 Schulverpflegung soll von einem schulischen Ausschuss geregelt werden, dem alle in der  
349 Schule Beteiligten beiwohnen. Die Erstellung des Speiseplans soll demokratisch  
350 funktionieren und alle Schüler\*innen berücksichtigen. Schüler\*innen sollen außerdem die  
351 Möglichkeit haben, in Lehrküchen ihre Speisen selbst zuzubereiten.

352 Um eine ausreichende Wasserversorgung zu ermöglichen, sollen in der gesamten Schule  
353 Wasserspender oder ähnliche Systeme installiert werden, da diese für die Gesundheit und  
354 Leistungsfähigkeit der Schüler\*innen unentbehrlich sind. Weiterhin sollen auch  
355 ausgewogene Snacks bereitgestellt werden.

356 Ein weiterer Punkt ist die Ernährungsbildung von Schüler\*innen. Diese soll über  
357 verschiedene Essgewohnheiten aufklären und eine Verbindung zur gegenwärtigen  
358 Schulverpflegung im Unterricht darstellen.

359 Die Organisierung der Schulverpflegung und auch ihre Zubereitung soll keinem

360 Profitstreben unterliegen. Ein Leben und Lernen in einer von uns geforderten Inklusiven  
361 Ganztags Gesamtschule, die den Schüler\*innen als Lebensraum dienen soll, erfordert auch  
362 eine Gewährleistung von Speisen, um ein sinnvolles Lernen überhaupt zu ermöglichen.  
363

### 364 **9. Schulzeitverkürzung**

365 Wir lehnen jegliche Kürzungspolitik im Bildungsbereich ab.  
366 Wir halten es für ein falsches politisches Signal, an Bildung oder den Geldern für Bildung zu  
367 kürzen. Schulzeitverkürzungen verstärken die Chancenungleichheit in Bezug auf Bildung,  
368 da die Durchlässigkeit des Schulsystems nach oben noch stärker eingeschränkt wird als  
369 bisher. Das Sparen an Bildung wird zu keiner Verbesserung führen, sondern stellt einen  
370 Rückschritt dar. Die LSV fordert eine Oberstufe die 2-4 Jahre währen kann. Darin enthalten  
371 ist eine Einführungsphase, welche übersprungen werden kann und eine Qualifikationsphase  
372 die 2-3 Jahre dauern kann.  
373 Anstelle von G8 soll eine flexible Oberstufe etabliert werden, welche durch individualisierte  
374 Lernzeiten dazu beiträgt, dass Schüler\*innen sowohl den schulischen Stoff in ihrem eigenen  
375 Tempo bearbeiten können, als auch ihren Hobbys entsprechend nachgehen können. So  
376 bleibt außerdem ein Zeitraum, in welchem Schüler\*innen endlich ohne um ihr Abitur bangen  
377 zu müssen ein Auslandsjahr machen können. Nicht zuletzt ist die Forderung nach einer  
378 flexiblen Oberstufe auch eine Forderung nach effektiver Reduzierung der Stress- und  
379 Arbeitsbelastung der Schüler\*innen.  
380

### 381 **10. Lehrer\*innenausbildung**

382 Lehrer\*innen müssen mehr Aufgaben als nur das Lehren leisten. Deshalb ist die Ausbildung  
383 in ihrer derzeitigen Form unzureichend. Sie muss weniger theorielastig und praxisnäher  
384 gestaltet werden. Das Studium muss von Anfang an mehr Bezug zur Schule haben, so sollte  
385 eine Integration von längeren Praxisphasen in das Lehramtstudium eingeführt werden.  
386 Damit sich der Berufswunsch während des Studiums für die Studierenden konkretisieren  
387 kann, fordern wir eine längere Praxisphase bereits am Studienanfang. Eine Verzahnung von  
388 Theorie- und Praxisphasen, wie wir sie  
389 uns wünschen würden, könnte sich orientieren an den Erfahrungen der einphasigen  
390 Lehramtsausbildungen der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Im fachdidaktischen  
391 Anteil des Studiums sollen die Lehramtskandidat\*innen erlernen schüler\*innenorientiert zu  
392 lehren und den Unterricht flexibel zu gestalten (z.B. jahrgangsübergreifender Unterricht und  
393 Unterricht in Klassen, in denen Schüler\*innen mit und ohne sogenannter „Beeinträchtigung“  
394 gemeinsam lernen). Die fachdidaktischen und fachspezifischen Anteile im Studium müssen  
395 begleitet werden von einem Studium der Unterrichtsgestaltung und der Wissensvermittlung.  
396 Lehrer\*innen müssen nicht nur fachlich, sondern auch methodisch, psychologisch und  
397 pädagogisch kompetent ein. Des Weiteren sollte im Lehramtsstudium ein Bereich  
398 geschaffen werden, der sowohl eine Einführung in die SV-Arbeit bietet als auch eine  
399 Einführung in die Rechte und Pflichten aller Beteiligten an Schule (Schüler\*innen,  
400 Lehrer\*innen, Eltern...). Das Referendariat dient der Ausbildung. Referendare und  
401 Referendarinnen dürfen nicht zur Sicherung des Unterrichts eingesetzt werden.  
402 Lehrer\*innen sind verpflichtet, sich ständig fortzubilden. Diese Fortbildungen sollten  
403 besonders dazu dienen, Alternativen zum alltäglichen Frontalunterricht aufzuzeigen und  
404 auszuprobieren und dafür sorgen, dass diese Einzug in den Schulalltag halten. Außerdem

405 sollten Strategien zur Konfliktbewältigung und -prävention entwickelt und praktiziert werden.  
406 Die Lehrkraft sollte sich nicht als hierarchisch höher stehende Person gegenüber den  
407 Schüler\*innen verstehen, sondern die Schüler\*innen als gleichberechtigte Partner\*innen  
408 sehen, mit denen er/sie zusammenarbeitet.

409

### 410 **11. Chancengleichheit in der Schule**

411 Chancengleichheit bedeutet für die LSV NRW gleiche Möglichkeiten für alle Schüler\*innen,  
412 unabhängig von Herkunft, Glaube und Religion, politischer Einstellung und dem öko-  
413 nomischen Hintergrund wahrnehmen zu können. Schule spielt in diesem Zusammenhang  
414 eine zentrale Rolle. Studien zeigten Kinder aus sozialschwachen und bildungsfernen  
415 Schichten eine schlechtere Schulempfehlung für den Wechsel in die weiterführende Schule  
416 erhielten. Zwar bewerteten die Lehrkräfte nicht die soziale Herkunft ihrer Schüler\*innen, da-  
417 für aber die in der familiären Sozialisation erworbenen Fähigkeiten. Unserer Meinung nach  
418 darf die Herkunft nicht über die Zukunft entscheiden, weshalb dem Schulsystem die Auf-  
419 gabe zukommen sollte, diese Unterschiede zu kompensieren. Soft Skills müssen in die  
420 Lehrpläne integriert werden und so allen Schüler\*innen zugänglich gemacht werden.

421 Es gibt durch die Gesellschaft und durch soziale Faktoren gegebene, unterschiedliche Vo-  
422 raussetzungen, die es durch die Schule auszugleichen gilt und die am Anfang der schuli-  
423 schen Laufbahn aufgehoben werden sollen. Schule reproduziert durch Übertragung gesell-  
424 schaftlichen Drucks auf die Schüler\*innen eine Klassengesellschaft, wodurch Scheitern in  
425 Form schlechter Noten als eine Art individuellen Versagens gilt. Entgegen der Behauptung,  
426 dass jede\*r Schüler\*in seines\*ihren eigenen Glückes Schmied sei, ist es viel mehr so, dass  
427 Scheitern automatisch Teil des Wettbewerbs ist. Wir fordern, dass Bildung nicht als Wett-  
428 bewerb organisiert ist.

429 Die individuelle Förderung der Schüler\*innen ist Grundlage für gleichberechtigten Unterricht  
430 aller. Um sich als Individuum wahrzunehmen muss gewährleistet sein, dass man sich seiner  
431 eigenen Stärken und Schwächen bewusst ist. Hierzu sollte eine Analyse der optimalen Lern-  
432 methoden jedes Einzelnen stattfinden. Um mit diesen Grundlagen arbeiten zu können, muss  
433 das Lehrpersonal entsprechend pädagogisch geschult sein. Des Weiteren sollte die Klas-  
434 senstärke zur individuellen Förderung und Forderung auf 15 Schüler\*innen pro Klasse re-  
435 duziert werden. Da die Institution Schule nicht alle Fähigkeitsbereiche abdecken kann, soll-  
436 ten Schüler\*innen die Möglichkeit bekommen, ihre persönlichen Talente und Kompetenzen  
437 durch Freistellung vom Unterricht auszubauen. Zudem sollten Schüler\*innen die Möglichkeit  
438 erhalten, gefordertes Wissen individuell wählbar zu erarbeiten, da jede\*r Schüler\*in un-  
439 terschiedliche Lernmethoden nutzt. Damit die Schüler\*innen den Unterricht gleichermaßen fol-  
440 gen können, soll ein Pflicht-Kindergarten-Jahr eingeführt werden. Hierdurch können vor al-  
441 lem das Verständnis für andere Kulturen wachsen und sprachliche Defizite behoben wer-  
442 den, um auch hier Benachteiligung vorzubeugen.

443 Es muss vollkommen irrelevant sein, welchen sozialen Hintergrund ein\*e Schüler\*in hat.  
444 Jede\*r Schüler\*in muss möglichst neutral und objektiv betrachtet werden. Der\*die Lehrer\*in  
445 und die Schule im Ganzen dürfen die Schüler\*innen nur nach ihren individuellen Fähigkeiten  
446 und ihrem Lernfortschritt charakterisieren. Diese Fähigkeiten sollen durch genannte Maß-  
447 nahmen erkannt und gefördert werden.

448

449 **12. Berufliche Bildung**

450 In der aktuellen Diskussion über die Zukunft von Deutschland wird immer wieder  
451 verdeutlicht, wie wichtig allgemeine sowie berufliche Bildung ist. Ohne eine vernünftige  
452 Ausbildung und ohne eine gute Vorbereitung auf das Berufsleben, welches  
453 später einen großen Teil des Lebens selbst bildet, wären die meisten verloren bei der  
454 Gestaltung des eigenen Lebens und später von den kleinen Stückchen abhängig, die der  
455 Staat für sie bereit hält. Eine vernünftige Ausbildung ist, wenn sie den auszubildenden  
456 Menschen auf seinen zukünftigen Beruf vorbereitet. Leider ist dies nicht immer der Fall.  
457 Immer mehr Absolvent\*innen müssen ihre Ausbildung um ein halbes Jahr verlängern, um  
458 die Prüfung noch einmal ablegen zu können. Zu einer vernünftigen Ausbildung gehört ein  
459 angemessenes Entgelt. In vielen Betrieben ersetzen Auszubildende eine Vollzeitkraft,  
460 werden aber nur zu einem Viertel vergütet. Um auch vernünftig in die Zukunft planen zu  
461 können und eine Perspektive innerhalb der Gesellschaft zu bekommen, ist es wichtig, dass  
462 den Auszubildenden ein Übernahme-Angebot von der Wirtschaft gemacht wird.

463 Diese Problematik verschärft auch die Situation an den Berufsschulen, denen in den  
464 meisten Fällen auch ein Berufskolleg angeschlossen ist.

465 Im Vergleich zu früher ist der Besuch und der Abschluss der Höheren Handelsschule oder  
466 des Wirtschaftsgymnasiums nur noch sehr wenig wert. Mit dem Erwerb einer dieser  
467 Abschlüsse ist ein Ausbildungsplatz längst noch nicht gewährleistet. Die Jugendlichen  
468 verbringen inzwischen mehrere Jahre an den Berufskollegs, um einen Abschluss  
469 nach dem anderen nachzuholen. Dies ist zwar für die gesellschaftlichen Kräfte  
470 wünschenswert, da dadurch die Quote bei den Abiturzeugnissen gesteigert wird, doch ist  
471 es für die Ausbildungsplatz-Suchenden wertvolle Zeit, die ihnen verloren geht, da die  
472 meisten Betriebe keine Auszubildenden über 20 Jahren einstellen.

473 Die Anzahl an Hartz IV Antragsstellern unter 25 Jahren wird dadurch weiter steigen, wenn  
474 die Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt.

475 Daher ist eine Forderung der LSV NRW, dass die Partner des Ausbildungs-Paktes endlich  
476 das tun, was sie versprechen: für jede\*n Interessierte\*n einen Ausbildungsplatz in  
477 seinem/ihrem Wunschberuf zur Verfügung zu stellen! Die LSV NRW muss gemeinsam mit  
478 den Gewerkschaften auf diese Problematik hinweisen, um das Bewusstsein in Politik,  
479 Wirtschaft und Gesellschaft deutlich zu machen. Deutschland wird einen Nachwuchsmangel  
480 im Zuge des demographischen Wandels bekommen.

481 Wenn dies passiert, werden wir viele nicht ausgebildete, nicht vermittelbare Menschen  
482 bekommen, die in dieser Sozial-Falle hängen bleiben werden.

483 Eine wichtige Forderung in diesem Kontext ist, dass es vor allem Schülerinnen ermöglicht  
484 werden muss z.B. nach einer Schwangerschaft in der Ausbildung, diese Ausbildung  
485 fortzusetzen, wenn Mutter und Kind soweit sind. Einige Unternehmen gehen hier mit gutem  
486 Beispiel voran. Im Allgemeinen müssen Chancengleichheit und Emanzipation innerhalb der  
487 beruflichen Bildung, ob in der Schule oder im Betrieb, stärker zum Ausdruck gebracht und  
488 den Beteiligten aufgezeigt werden.

489  
490 **13. Interkulturelles Lernen**

491 In einer sich zunehmend globalisierenden Gesellschaft, in der Bildung den Schlüssel zum  
492 sozialen Aufstieg darstellt, sind, neben qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten der  
493 Weltstaaten, auch die Vernetzungsprozesse der einzelnen Kulturen und Bildungssysteme

494 von höchster Wichtigkeit, um mündige und aufgeschlossene Weltbürger der Demokratie  
495 auszubilden.

496 Den Austausch von Wissen, kulturellen Motiven, Spezialisierungen und Erfahrungen sehen  
497 wir als notwendige soziale Ader der Globalisierung an, der neue Möglichkeiten mit sich  
498 bringt und Türen zu bisher unbekanntem Terrain öffnen kann.

499 Die Landesschüler\*innenvertretung vertritt daher die Ansicht, dass das interkulturelle  
500 Lernen in Schulen ausgebaut und gefördert werden muss, um den Schülerinnen und  
501 Schülern bestmögliche Einblicke in das globale Zeitalter zu bieten.

502 Schülerinnen und Schüler sollen aktiv an interkulturellen Projekten teilnehmen, die von den  
503 Schulen als Träger angeboten werden. Wir fordern daher einen Ausbau der internationalen  
504 Schulpartnerschaften, sowohl in Europa, als auch interkontinental.

505 Des Weiteren soll nach Vorbild des norwegischen Bildungssystems, jedem Schüler/ jeder  
506 Schülerin die Chance offeriert werden, einen Auslandsaufenthalt im Sinne des Besuches  
507 einer Schule im Ausland unter Kostenträgerschaft des Staates durchzuführen.

508 Die Landesschüler\*innenvertretung fordert weitergehend eine unterrichtliche Behandlung  
509 von interkulturellen Jugendprojekten, wie z.B. dem angebotenen Programm „Model-United-  
510 Nations“ der Vereinten Nationen. Dafür soll ein neues Unterrichtsfach namens  
511 „Interkulturelles Lernen“ geschaffen werden, das nach dem Vorbild Österreichs globale  
512 Beziehungen und Vernetzungsprozesse der Weltgesellschaften inhaltlich thematisiert.  
513

514 Eine solche Intensivierung der vernetzenden Unterrichtsinhalte und Austauschformen  
515 begründet die Landesschüler\*innenvertretung mit der Ansicht, dass interkulturelles Lernen  
516 im Lebensraum Schule, der als maßgeblicher Vorbereitungsraum für die spätere Berufswelt  
517 dienen sollte, die Einblicke und Kenntnisse von Schülerinnen und Schülern zu globalen  
518 Themenkomplexen erhöht, Vorurteile abbaut, Rassismus und Chauvinismus entgegenwirkt  
519 und generell ein besseres Verständnis für ein angestrebtes kosmopolitisches Bürgertum  
520 schafft, also eine Gesellschaft, in der alle Staaten in Frieden und reger Zusammenarbeit  
521 gemeinsam und miteinander leben.  
522

#### 523 **14. Demonstrationsrecht für Schüler\*innen**

524 Noch immer wird den Schüler\*innen das Recht auf Demonstration während der Schulzeit  
525 verwehrt. Eine aktive Partizipation von Kindern und Jugendlichen muss allerdings auch die  
526 Möglichkeit beinhalten Druck auf Politiker\*innen und Entscheidungsträger\*innen mit Hilfe  
527 eines uneingeschränkten Demonstrationsrechts (das auch Proteste während der  
528 Unterrichtszeit ermöglicht) ausüben zu können. Solche Möglichkeiten bieten sich in einer  
529 Anpassung des Wahlalters auf 14 Jahre, sowie die Berechtigung während der Schulzeit zu  
530 Demonstrieren. Weiterhin fordern wir eine bessere und ernstzunehmende Einbindung in  
531 Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.  
532

## 533 **IV. In der Schule**

534

535 Auch in der Schule muss sich einiges ändern und auch zu diesem Thema haben wir unsere  
536 Vorstellungen.

537

### 538 **1. Berufsorientierung und -vorbereitung in der Schule**

539 Um eine effektive, interessante und realistische Berufsorientierung zu gewährleisten,  
540 müssen die Schüler\*innen mindestens zwei durch die Schule betreute Praktika bis zum  
541 Ende der Klasse 10.1 machen. Diese sollten zwei verschiedene Berufe abdecken. Ein  
542 weiteres betreutes Praktikum sollte für Schüler\*innen der Sek II angeboten werden.

543 Desweiteren soll die Schule die Schüler\*innen ermutigen, auch in den Ferien Praktika zu  
544 machen. Außerdem sollen den Schüler\*innen viele weitere Berufe anschaulich vorgestellt  
545 werden. Hierbei ist es wichtig, dass die Schüler\*innen den Beruf aus verschiedenen – auch  
546 kritischen Sichtweisen - kennen lernen. So zum Beispiel von Auszubildenden, Studierenden,  
547 Gewerkschafter\*innen, aber auch Ausbildungsleiter\*innen oder Berufsberater\*innen. Es  
548 muss auf den Übergang Schule - Beruf bzw. Schule - Uni eingegangen werden. Hierbei sind  
549 Aspekte wie Bewerbungstraining oder Lebenswegplanung wichtig. Außerdem müssen die  
550 Schüler\*innen über andere Möglichkeiten der Lebensgestaltung nach dem Schulabschluss,  
551 anders als

552 eine direkte Ausbildung, informiert werden. Dies beinhaltet zum Beispiel die Erläuterung  
553 über ein Freiwilliges Soziales Jahr oder Praktika im In- und Ausland.

554 Des Weiteren ist die Gründung einer unabhängigen Fachschaft zur Organisation der  
555 Berufsorientierung an den jeweiligen Schulen förderlich für die Kommunikation zwischen  
556 allen Beteiligten im Binnenraum Schule, aber auch der schulübergreifenden Kommunikation  
557 zuträglich.

558 Die Vorstellung einer großen Auswahl von Berufsfeldern ist außerdem die Grundlage für  
559 einen frühen Einstieg in die Berufsorientierung- und Studienwahl. Dieser Einstieg kann  
560 durch die Integration der Berufsorientierung in den Lehrplan geeigneter Fächer (wie z.B.  
561 Deutsch, Sozialwissenschaften, Politik, etc.) gefördert werden. Die Individualität der  
562 Schülerinnen und Schüler steht bei allen verknüpften Bereichen im Vordergrund.

563

### 564 **2. Zensuren**

565 Das bisherige Notensystem mit seinen Ziffernoten von 1 bis 6 bzw. von Punkten von 15 bis  
566 0 ist abstrakt und subjektiv. Die unterschiedliche Vorstellung von der Bedeutung einzelner  
567 Noten bei Lehrer\*innen, Eltern und Schüler\*innen macht das System ungerecht,  
568 undurchsichtig und äußerst subjektiv. Um nicht dem Wohlwollen des/der Lehrer\*in die  
569 Entscheidung über die transparente Notenbildung zu überlassen, fordern wir ein  
570 vollkommen anderes System: Die Schüler\*innen erhalten nach einem thematischen  
571 Sinnabschnitt eine individuelle Erläuterung zu ihren Stärken und Schwächen, außerdem  
572 auch individuelle Förderempfehlungen zum eigenen Fortschritt. Für diese Bewertung findet  
573 ein Einzelgespräch und auf Wunsch ein Gruppengespräch von bis zu fünf Schüler\*innen  
574 statt. Treten während einer Zeitspanne Probleme oder besondere Vorkommnisse (sowohl  
575 in positiver als auch in negativer Hinsicht) auf, sucht der/die Lehrer\*in das Gespräch mit  
576 dem/der Schüler\*in. Ähnlich dem Rückmeldungssystem von Lehrer\*innen für Schüler\*innen  
577 muss es auch für die Schüler\*innen eine Möglichkeit geben, den Lehrer\*innen eine

578 Rückmeldung zu erstatten. Alle zwei Monate eine Feedbackstunde in allen Fächern wäre  
579 hierzu wünschenswert.

580

### 581 **3. Unterricht**

582 Um zu vermeiden, dass die Schüler\*innen in den heterogenen Lerngruppen über- oder  
583 unterfordert werden, stellen wir uns zum einen eine spezielle Förderung und Forderung von  
584 Leistungsstarken und -schwachen in Kleingruppen in einzelnen Unterrichtssituationen vor.  
585 Zum anderen sollen die Schüler\*innen lernen, sich gegenseitig beim Erarbeiten und  
586 Erlernen von Inhalten zu helfen. Wichtig ist auch, dass die Schüler\*innen verschiedene  
587 Lerntechniken kennen lernen und erproben, um herausfinden zu können, mit welchen  
588 Methoden sie am besten lernen können. Auch die Methodik des Unterrichts muss  
589 abwechslungsreich sein, so dass die Methoden jedem/r Schüler\*in gerecht werden.

590

591 Wir, dass mindestens zwei Lehrer\*innen eine Klasse betreuen, da so auch immer eine  
592 individuelle Förderung gesichert werden kann. Außerdem soll das Unterrichtslimit für  
593 Lehrer\*innen bei maximal 20 Stunden liegen. Um einen Unterricht gewährleisten zu können,  
594 der allen Schüler\*innen gerecht wird, müssen die Lerngruppen deutlich verkleinert werden  
595 gegenüber der „normalen“ Klassengröße. Eine maximale Klassengröße von 15  
596 Schüler\*innen halten wir für geeignet. Im Unterricht sollte auf aktuelle tagespolitische  
597 Ereignisse eingegangen werden. Es ist wichtig, dass die Schüler\*innen Nachrichten und  
598 das Tagesgeschehen verstehen und nachvollziehen können. In der Schule muss ihnen  
599 geholfen werden, die Zusammenhänge zu verstehen und ihre Fragen müssen beantwortet,  
600 ihre Sorgen ernst genommen werden. Die Schüler\*innen sollten befähigt werden, sich eine  
601 eigene kritische Meinung zu bilden. Dies ist außerdem wichtig, da Schule im  
602 gesamtgesellschaftlichen Kontext zu sehen ist und sie auch hier den Schüler\*innen helfen  
603 muss, sich im Leben außerhalb der Schule zurecht zu finden. Im Unterricht und im ganzen  
604 Schulalltag darf aber nicht allein die Vermittlung von Fachwissen im Mittelpunkt stehen, auch  
605 auf die Möglichkeit zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen ist zu achten. Darunter  
606 verstehen wir zum Beispiel die Fähigkeiten zur (Selbst-)Kritik, Kreativität,  
607 Problemerkennungs- und Problemlösungskompetenz, soziale Kompetenz, Eigenständigkeit  
608 und Teamfähigkeit, Umgang mit Sprache und (neuen) Medien.

609

610 Weiterhin fordert die LSV NRW, dass SV-Erlass, Schüler\*innenrechte und SV-Arbeit auch  
611 im regulären Unterricht behandelt werden müssen.

612

### 613 **4. Unterrichtsstrukturen**

614 Unterricht darf nicht als losgelöste Methode gesehen werden, die nur dem Ziel der  
615 Wissensvermittlung dient. Unterricht muss Schüler\*innen dazu befähigen, globale  
616 Zusammenhänge zu erkennen und aktuelle Probleme verstehen zu können. Um  
617 wissenschaftlich fundierten und praxisorientierten Unterricht ermöglichen zu können,  
618 müssen den Schüler\*innen methodische Grundfähigkeiten wie z.B.  
619 Kommunikationsfähigkeit, die Fähigkeit zum kritischen, analytischen,  
620 logischen und kreativen Denken vermittelt werden. Aktuelle Geschehnisse müssen ihren  
621 Raum im täglichen Unterricht finden. Schüler\*innen müssen befähigt werden, Aktuelles mit  
622 Historischem zu vergleichen und durch selbständiges Hinterfragen und Bewerten

623 wissenschaftlich vertretbare Schlussfolgerungen zu ziehen. Im Ganzen muss Unterricht  
624 fachliche wie auch translatorische Fähigkeiten vermitteln, soziale wie auch moralische  
625 Werte darstellen, als auch Wissenschaft von ihrem Absolutheitsanspruch auf einen  
626 klar problemlösenden Weg bringen. Konkrete Lösungsansätze sind z. B. die Schaffung von  
627 kostenlosen Möglichkeiten zum individuellen Lernen - beispielsweise durch  
628 Internetzugänge und das Bereitstellen anderer neuer Medien und Büchern -  
629 Projektunterricht, der Eigenverantwortung schult und Selbständigkeit vermittelt oder  
630 Gruppendynamik fördernde Maßnahmen wie Exkursionen. Auch sollte ein gemeinsames  
631 Voneinanderlernen vermittelt werden. Ein flexibles Zeitschema, welches Schüler\*innen und  
632 Lehrer\*innen in ihren individuellen biorhythmischen Möglichkeiten als Individuen anerkennt  
633 und so den Schüler\*innen ermöglicht, sich in einer so genannten Eingangsphase, die einen  
634 noch zu bestimmenden Zeitraum bildet, im Unterricht einzufinden, gestaltet den Unterricht  
635 in einer Form, die den Schüler\*innen die absolute Möglichkeit zur Entfaltung ihrer  
636 individuellen körperlichen Fähigkeiten gibt. Konkret muss der starre 45 Minuten Takt  
637 aufgehoben werden und durch ein flexibles Zeitschema ersetzt werden. Die Gestaltung der  
638 Unterrichtszeit liegt hier Schüler\*innen und Lehrer\*innen in so fern frei, als es nur  
639 Minutenvorgaben für Fächer in der Woche gibt. Wie oft und mit wie viel Minuten pro  
640 Unterrichtseinheit ein Fach unterrichtet wird, kann variiert werden, je nach Notwendigkeit.  
641 Daraus ergeben sich für Lehrkräfte und Schüler\*innen größere Handlungsspielräume. Sie  
642 haben die Chance, ihre Arbeit eigenverantwortlich einzuteilen und Arbeitsrhythmus und  
643 Arbeitszeit selbst- bzw. mitzubestimmen. Dauer und Abfolge von Blöcken und Pausen  
644 werden festgelegt, auch wann die Schule öffnet und wann das gemeinsame Frühstück, das  
645 Mittagessen, jahrgangsübergreifendes Lernen und die Arbeitsgemeinschaften stattfinden.  
646 So kann der Schulalltag eingeteilt sein in gemeinsame Phasen und Phasen individuellen  
647 Lernens. Es gibt mehr Partnerarbeit, Gruppenarbeit, AGs und Arbeitsphasen mit einem  
648 offenen Anfang und Ende. Über den ganzen Tag verteilt werden Zeiten der Entspannung  
649 und der Bewegung eingeplant. So wechseln Unterricht und Freizeit. Möglich werden kann  
650 dies durch die gemeinsame Betreuung weniger Lehrer\*innen pro Klasse. Außerdem sollte  
651 eine Lehrkraft jeweils drei bis vier Schüler\*innen einer Klasse beim individuellen Lernen  
652 unterstützen. Auch fordern wir flexible Curricula, die immer Platz lassen, damit sich einE  
653 Schüler\*in mit Themen beschäftigen kann, welche über den allgemeinen Stoff hinaus  
654 gehen.

655 Die LSV NRW fordert, dass eine Evaluation der Lehrer\*innen durch den Klassenverband  
656 erfolgt. Die Evaluation sollte schriftlich erfolgen und für die/den Fachlehrer\*in bindend sein.  
657 Das heißt, dass die/der Fachlehrer\*in gezwungen ist, sich mit den Bewertungen der Klassen  
658 auch auseinanderzusetzen.

659

## 660 **Lehrinhalte**

- 661 • Alle Bildung muss auf methodischen Grundfähigkeiten beruhen und zu einem  
662 individuell
- 663 • größtmöglichen Allgemeinwissen führen.
- 664 • Soziale Kompetenzen müssen im schulischen Miteinander einen höheren  
665 Stellenwert erhalten.
- 666 • Die Fähigkeit zur Selbsteinschätzung und -reflektion muss im Kontext einer zu  
667 etablierenden Feedbackkultur vermittelt werden.



- 668 • Demokratische Partizipation muss in Schulen Raum erhalten und gefördert werden.  
669 Politische Bildung muss aktuelle Debatten einbeziehen, interessant und Demokratie  
670 fördernd gestaltet werden.
- 671 • Eine durch die Lehrkraft lediglich moderierte Wertefindung muss jenseits von  
672 restriktiven Normen im offenen Dialog durch Schüler\*innen ermöglicht werden.
- 673 • Alle Lernmittel (z.B. Bücher, Arbeitsblätter...) sollen in geschlechtsneutraler Sprache  
674 verfasst werden. Dies soll durch Verwendung des Genderstars, oder einer  
675 geschlechtsneutralen Wortform (bspw. "Mensch") geschehen.  
676

## 677 **5. Schulsozialarbeit**

678 Schulsozialarbeit ist ein elementarer und wichtiger Bestandteil des Schullebens, sie sollte  
679 als sozialpädagogisches Angebot für alle Kinder und Jugendlichen an einer Schule  
680 betrachtet werden. Sie dient als individuelle Beratungsstelle zum Ausgleich sozialer  
681 Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Probleme. An jeder Schule muss es  
682 mindestens zwei aktiv besetzte, unbefristete Vollzeitstellen geben, davon soll eine weiblich  
683 und eine männlich besetzt werden. Bei einer Schüler\*innenzahl von über 300 Schüler\*innen  
684 wird pro angefangene 300 weitere Schüler\*innen eine weitere aktiv besetzte, unbefristete  
685 Vollzeitstelle nach der Formel  $2+x$  ( $x=+1$  pro 300 Schüler\*innen) hinzugefügt, auch hier gilt  
686 es, die Stellen nach männlich und weiblich zu vergeben. Lediglich bei ungerader Stellenzahl  
687 ist die Stelle  $x$  frei besetzbar. Alle anfallenden Personalkosten sind allein vom Land NRW  
688 oder dem Bund zu tragen. Um ein geschütztes Umfeld zu gewährleisten, muss die Schule  
689 angemessene Räumlichkeiten bereitstellen.  
690

## 691 **6. Mediennutzung**

692 Die LSV NRW fordert, dass „neue Medien“ stärker in den Regelunterricht eingebunden  
693 werden. Die momentane Unterrichtsform arbeitet noch zu einem Großteil mit Medien,  
694 welche bereits vor 15 Jahren in der normalen Gesellschaft als veraltet eingestuft wurden  
695 und kaum noch im normalen Handel erhältlich sind. Auch Schulen sollten mit der Zeit der  
696 Technik gehen und sich den aktuellen Gegebenheiten anpassen. Damit dieses  
697 gewährleistet ist sollten alle Klassenräume NRWs mit einem Beamer, einer  
698 Dokumentenkamera und Whiteboards ausgestattet sein. Dieses soll es allen Schüler\*innen  
699 ermöglichen vernünftig die dargestellten Informationen zu erkennen und aufzunehmen.  
700 Außerdem sollen die neuen Möglichkeiten den Unterricht nachhaltig verbessern. Aus  
701 diesem Grund fordert die LSV NRW zusätzlich angemessene Fortbildungen für alle  
702 Lehrer\*innen damit sich diese den neuen Medien anpassen können.

703 Das schüler\*innen- bzw. elternfinanzierte Modell „bring your own device“ ist aufgrund der  
704 hohen laufenden Kosten sowie der sozialen Ungleichheit ein unfaires Modell, das finanziell  
705 schwächere Schüler\*innen benachteiligt. Die LSV NRW fordert ein Konzept, in dem  
706 Ausgaben auch für digitale Geräte von den Kommunen, dem Land oder dem Bund getragen  
707 werden um die Chancengleichheit zu fördern.

708 Die LSV NRW unterstützt das Prinzip der Laptop- und Tablet-Klassen in der Sekundarstufe  
709 II. Schüler\*innen der Sekundarstufe I sollten sich erst einmal an den Gebrauch von analogen  
710 Medien gewöhnen bevor Sie Ihren ganzen Unterricht auf Digitale Medien umstellen.

711 Immer mehr Schulen bieten es Ihren Schüler\*innen an, Ihren Vertretungsplan digital auch  
712 außerhalb des Schulgebäudes Digital abzurufen. Auch die LSV NRW unterstützt das Prinzip

713 des digitalen Vertretungsplans und fordert dass dieses einheitlich von allen Schulen Ihren  
714 Schüler\*innen zur Verfügung gestellt wird.

715 Mobiltelefone sind ein häufig genutztes Medium von Schüler\*innen. Die LSV NRW ist der  
716 Meinung, dass Ihnen dieses Verhalten nicht in Ihrer Freizeit im Schulalltag verboten werden  
717 darf. Deswegen fordert Sie NRW weit, dass die Nutzung dieser und anderer elektronischer  
718 Medien in den Pausen gestattet ist.

719

## 720 **7. Sitzen bleiben**

721 Sitzen bleiben ist unpädagogisch, da es zum einen die betroffenen Schüler\*innen aus einer  
722 Klassengemeinschaft reißt und ihnen das Gefühl vermittelt, sie seien gescheitert. Zum  
723 anderen ist davon auszugehen, dass Schüler\*innen nicht grundsätzlich zu schlecht sind,  
724 sondern sie oft nur auf einzelnen Fachgebieten Nachholbedarf haben. Darüber hinaus sollte  
725 eine sozialpädagogische Betreuung angeboten werden. Es reicht also vollkommen, den  
726 Schüler\*innen eine spezielle Förderung anzubieten. Eine freiwillige Wiederholung bleibt  
727 hiervon unberührt.

728

## 729 **8. Gewalt an Schulen**

730 Um die Problematik der Gewalt an Schulen lösen zu können, ist eine intensive  
731 Beschäftigung mit der Thematik wichtig. Streitschlichter und Paten sollten sofort ab der  
732 fünften Stammgruppe Einzug halten. SV-Stunden sollten dazu dienen, ethische  
733 Diskussionen führen zu können. Und um letztendlich ein harmonisches soziales Miteinander  
734 zu schaffen, sollte Platz im Unterricht eingeräumt werden. Die Lehrer\*innen müssen  
735 geschult werden, psychische und physische Gewalt unter Schüler\*innen zu erkennen und  
736 Konflikte lösen zu können.

737 Prävention von Gewalt muss durch Kooperation mit geeigneten Organisationen  
738 durchgeführt werden.

739

## 740 **9. Ökologie**

741 Die LSV NRW fordert eine ökologisch gerechte und faire Zukunft für die Schüler\*innen  
742 NRWs. Um Umweltschäden einzudämmen, muss der Energiegewinn in unserer  
743 Gesellschaft durch regenerative Energien gewährleistet werden und der gesamte  
744 Energieverbrauch deutlich vermindert werden. Um eine ökologische Zukunft zu  
745 gewährleisten, in der jeder Mensch sich aufgeklärt und bewusst im Einklang mit der Natur  
746 befindet, muss in Schule und Unterricht Ökologie thematisiert und behandelt werden.  
747 Zukünftig sollen alle Schüler\*innen NRWs ein besseres Bewusstsein für die Umwelt  
748 entwickeln. Auch die LSV soll dieses Bewusstsein aktiv unterstützen.

749

## 750 **10. Antisexismus**

751 Sexismus bezeichnet in der Gesellschaft weit verbreitete diskriminierende Ansichten und  
752 daraus resultierende Verhaltensweisen.

753 Diesen Ansichten und Verhaltensweisen möchte die LSV NRW entgegenreten, indem  
754 Aufklärung und Fortbildung über Sexismus/Sexualpädagogik für pädagogisches Personal  
755 angeboten wird. Zusätzlich sollen Selbstverteidigungskurse für Schülerinnen und Schüler  
756 angeboten werden. Durch externe Fachreferentinnen und -referenten sollen auch die  
757 Schülerinnen und Schüler sensibilisiert und in dem Thema aufgeklärt werden. Im Zweifelsfall

758 sollen die Schülerinnen und Schüler entscheiden, ob der Sport- und Sexualkundeunterricht  
759 geschlechtsspezifisch stattfinden soll. Die LSV NRW unterstützt jedoch die koedukative  
760 Unterrichtsform. Jede Schule soll Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter einstellen, damit  
761 Schülerinnen und Schüler bei sensiblen Themen, wie bspw. die Veränderung des eigenen  
762 Körpers, Ansprechpartnerinnen und -partner haben. Die LSV NRW verurteilt jede Form von  
763 Sexismus, Chauvinismus, Homo- und Trans\*phobie sowie die Ausgrenzung und  
764 Diskriminierung von sexuellen Identitäten. Die LSV NRW setzt sich dafür ein, dass die  
765 Schülerinnen und Schüler (sowie SV) Informationsmaterial und Unterstützung bei der  
766 Thematik des sexuellen Missbrauchs erhalten.

767 Des Weiteren müssen Themen wie Sexismus, Homo- und Transphobie in der Schule (am  
768 Besten in Politik bzw. Sozialwissenschaften) angesprochen und behandelt werden. Im  
769 Rahmen dessen muss auch für das Thema Geschlechterrollen, Schönheitsideale, sexuelle  
770 Gewalt und Rape Culture<sup>1</sup> sensibilisiert werden. Im Geschichtsunterricht muss die  
771 Geschichte der Frauen- und Homosexuellenunterdrückung sowie der Frauenbewegungen  
772 und Homosexuellenbewegungen und die Frau in der Geschichte behandelt werden.  
773 Einseitige, männerorientierte Darstellungen müssen aufhören und der Blickwinkel für  
774 Frauengeschichte geschärft werden.

775 In allen Schulveranstaltungen soll eine politische, emanzipatorische und humanistische  
776 respektvolle Sprache angewendet werden. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, sich  
777 auf jeder LDK geschlechtsspezifisch über, evtl. aktuelle, Themen auszutauschen und diese  
778 zu diskutieren.

779 Alle Lehrkräfte sollen angehalten werden, im Schulalltag geschlechtsneutrale Sprache zu  
780 verwenden. Auch alle offiziellen Schuldokumente sollen in geschlechtsneutraler Form  
781 verfasst sein.

782

783 <sup>1</sup>Gemeint ist eine Gesellschaft, in der sexuelle Gewalt zwar weit verbreitet ist, aber von  
784 vielen Menschen nicht als solche gesehen wird: Opfern wird generell misstraut oder die  
785 Schuld zugeschoben, indem Täter geschützt und Vorfälle heruntergespielt werden.

786

### 787 **11. Finanzierung von SV- und BSV-Arbeit**

788 Die derzeitige Finanzierung der Arbeit von Schüler\*innenvertretungen und  
789 Bezirksschüler\*innenvertretungen in NRW ist völlig unzureichend. Die meisten  
790 Schüler\*innenvertretungen in NRW erhalten weder freiwillige Zuwendungen vom  
791 Schulträger noch Spenden von Dritten und werden auf diese Weise massiv an ihrer Arbeit  
792 gehindert. Durch die mangelhafte Finanzierung der SVen sind diese häufig mit  
793 selbstorganisierten Finanzierungsprojekten wie Waffeln backen oder dem Organisieren von  
794 Spendenläufen beschäftigt, wodurch die gesetzlich vorgesehene inhaltliche Mitarbeit in den  
795 Mitwirkungsgremien der Schulen und die Förderung der fachlichen und kulturellen  
796 Interessen der Schüler\*innen häufig auf der Strecke bleiben. Finden nicht einmal  
797 Finanzierungsprojekte statt, so ist die Arbeit der SVen an den Schulen oft unmöglich.

798 Auf der Bezirksebene ist die Situation sogar noch erschreckender: Die finanziellen  
799 Zuwendungen vom Land NRW im Rahmen der institutionellen Förderung bewegen sich oft  
800 noch unterhalb der sehr geringen Maximalsumme von 300,- € pro Halbjahr und decken nicht  
801 einmal die Papier- und Portokosten für die Einladungen zu einer einzigen  
802 Bezirksdelegiertenkonferenz ab. Anträge auf die Förderung von Projekten werden fast

803 immer mit einem knappen Verweis auf die angespannte Haushaltslage abgewiesen, obwohl  
804 es sich selbst bei weitreichenden Anträgen im Verhältnis zum Landeshaushalt um  
805 lächerliche Beträge handelt, und vor Kurzem wurde sogar die Erstattung für  
806 Verpflegungskosten auf BDKen eingestellt. Hier muss die Landesregierung dringend  
807 umlenken!

808 Manche BSVen haben die Möglichkeit, auf andere Geldquellen wie z.B. die örtlichen  
809 Stadtjugendringe zuzugreifen, dies ist jedoch bei weitem nicht überall der Fall. Ohne  
810 ausreichende finanzielle Mittel ist eine sinnvolle und schüler\*innenorientierte BSV-Arbeit  
811 jedoch nicht möglich und die Bemühungen engagierter Schüler\*innen verlaufen im Sande.  
812 Diese Umstände führen nicht zuletzt auch dazu, dass die BSVen in vielen Städten und  
813 Kreisen nicht existieren oder vom Landesvorstand regelmäßig neu gegründet werden  
814 müssen. Letztlich sorgt die Finanzpolitik des Landes NRW also dafür, dass das schul- und  
815 bildungspolitische Engagement der Schüler\*innenschaft verhindert wird und der gesetzlich  
816 vorgesehene Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, nämlich die Erziehung der  
817 Jugend im Geiste der Demokratie, nicht erfüllt werden kann. Ein Land, das seinen in der  
818 Landesverfassung vorgesehenen Zielen nicht nachkommt und durch permanente  
819 Unterfinanzierung die Arbeit der gesetzlich vorgesehenen Interessenvertretungen der  
820 Schüler\*innen praktisch verhindert, versagt auf ganzer Linie.

821 Die Landeschüler\*innenvertretung NRW fordert deshalb eine deutliche Erhöhung und  
822 Ausweitung der finanziellen Unterstützung für die SVen und BSVen NRWs, sowohl im  
823 Bereich der institutionellen Förderung als auch im Bereich der Projektförderung.

824 Die Investition in die Schüler\*innenvertretungsarbeit und dadurch in die  
825 Demokratieerziehung ist elementar wichtig für den Erhalt und die Förderung der  
826 demokratischen Gesellschaft und dient somit nicht nur den Schüler\*innen, sondern auch  
827 unserer Zukunft.

828

## 829 **12. Seelische Gesundheit**

830 Fast jede\*r fünfte Schüler\*in in Deutschland leidet unter psychischen Krankheiten. Stress  
831 jeglicher Art gehört für Schüler\*innen zum Alltag. Nicht nur der Stress, sondern auch die  
832 mangelnden Kompetenzen im Umgang mit psychisch Erkrankten, tragen nicht zu einer Ver-  
833 besserung der aktuellen Situation bei. Sowohl Schüler\*innen als auch Lehrer\*innen sind  
834 nicht auf die Konfrontation mit dieser Thematik vorbereitet, beziehungsweise darauf ge-  
835 schult.

836 Deshalb fordert die LSV NRW die Sensibilisierung von Schüler\*innen und Lehrer\*innen in  
837 Bezug auf diese Thematik. Ein Sensibilisierungsprogramm muss bereits früh ansetzen, bei  
838 Lehrer\*innen im Studium und bei Schüler\*innen spätestens zu Beginn der 7. Klasse, um der  
839 Schädigung von Erkrankten im Umfeld vorzubeugen. Hierzu müssen Unterrichtseinheiten  
840 eingeführt werden, in welchen über Erkrankte, den Umgang mit ihnen und die Prävention  
841 gesprochen werden soll. Hieraus soll eine Gleichstellung von psychischen und physischen  
842 Erkrankungen folgen und der Lebensort Schule einem Schutzraum näherkommen. Nie-  
843 mand soll aufgrund ihrer\*seiner Erkrankung benachteiligt werden.

844

## 845 **13. Strukturen der SV-Arbeit**

846 Neben der Finanzierung von SV-Arbeit werden auch sonstige Strukturen in der Schule den  
847 SVen nicht ausreichend zur Verfügung gestellt. Wir fordern daher, dass für die SV ein SV-

848 Raum zur Verfügung gestellt werden muss, zu dem die SV eigene Schlüssel besitzt und den  
849 sie nach eigenem Ermessen einrichten kann. Auch muss der SV ein Arbeitsplatz mit  
850 Computer zur Verfügung gestellt werden. Die SV erhält eine eigene Ausgabe der BASS,  
851 sowie Protokolle von Fachkonferenzen und Schulkonferenzen ungefragt zur Verfügung  
852 gestellt. Weiterhin sind Schüler\*innen zur Teilnahme an Lehrerkonferenzen grundsätzlich  
853 teilnahmeberechtigt. Weiterhin fordern wir eine stärkere Partizipation von Schüler\*innen in  
854 einer Schule als demokratische Institution. Dazu müssen u. A. folgende  
855 Schulrechtsänderungen vorgenommen werden:

- 856 • Die Schulleitung muss sich auf Wunsch der SV monatlich mit der SV treffen. Sie kann  
857 diese Aufgabe nicht an andere Lehrkräfte übergeben.
- 858 • Neben der Auflösung der Drittelparität erhält diese weitere Befugnisse in den  
859 Punkten: Verwendung von finanziellen Mitteln, Personaleinstellung, Schul- und  
860 Unterrichtsentwicklung, Schul- und Unterrichtsgestaltung.
- 861 • Schüler\*innen sind stimmberechtigte Mitglieder in den Fachkonferenzen.  
862

## 863 **V. Schüler\*innen in der Gesellschaft**

864

### 865 **Einleitung**

866 Da Schule nur im gesamtgesellschaftlichen Kontext gesehen werden kann, Schüler\*innen  
867 ein Teil der Gesellschaft sind und Schule sie auf ein Leben in der Mitte der Gesellschaft  
868 vorbereiten soll, beziehen wir uns mit unseren Forderungen auch auf allgemeinpolitische  
869 Themen und fordern ein allgemeinpolitisches Mandat für alle Schüler\*innenvertretungen  
870 und ihre Organe. Marktwirtschaftliche Kräfte üben ihre Macht und ihren Einfluss auf alle  
871 Bereiche der Gesellschaft aus. Der Leistungsdruck und das Konkurrenzdenken unter  
872 Jugendlichen werden verschärft. Profitorientiertes Denken überschattet alle Bereiche der  
873 Gesellschaft. Menschen und Bildung werden immer mehr zu Ware. Da die Wirtschaft aber  
874 nur ein Interesse daran hat, dass die Menschen auf den Beruf und nicht auf ihr Leben  
875 vorbereitet werden, verkümmern unsere sozialen Kompetenzen immer mehr. Bildung muss  
876 aber auf ein Leben in der Demokratie angelegt sein. Sie muss dazu befähigen,  
877 selbstbestimmt und mündig handeln zu können. Dazu muss kritisches, vernetztes und  
878 problembewusstes Denken vermittelt werden. Außerdem ist ein naturelles und kulturelles  
879 Bewusstsein erforderlich, um sich der Rolle in der Gesellschaft bewusst zu werden. Anstatt  
880 breit gefächerter Bildung werden wir immer mehr mit medialer Gewaltverherrlichung und  
881 Pornografie konfrontiert. Das führt dazu, dass die gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber  
882 Gewalt und Pornografie steigt. Besonders gefährdet sind in ihrer Persönlichkeit nicht  
883 gefestigte Jugendliche.

884 Die IGGS muss dem entgegenwirken. Hier muss die IGGS das Elternhaus unterstützen und  
885 „heimische Defizite“ ausgleichen.

886

### 887 **1. Wehrdienst**

888 Die Aussetzung der Wehrdienstpflicht ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung!  
889 Trotzdem soll der Wehrdienst weiterhin abgeschafft werden und aus dem Grundgesetz der  
890 Bundesrepublik Deutschland gestrichen werden. Stattdessen sollen Freiwilligendienste  
891 ermöglicht und stärker gefördert werden.

892 Wehrdienst fördert die Existenz von Armeen, die militärische Auseinandersetzungen  
893 möglich machen. Ein denkbares soziales Pflichtjahr schränkt die Freiheit und  
894 Zukunftsplanung von Jugendlichen ein. Die Möglichkeit von Freiwilligendiensten muss  
895 trotzdem bestehen bleiben, damit Jugendliche sich beruflich orientieren, ihre soziale  
896 Kompetenz erweitern können und die Möglichkeit haben, vor dem Beginn einer  
897 Berufsausbildung Praxiserfahrung zu sammeln.

898

### 899 **2. Bundeswehr**

900 Die LSV NRW fordert die Annullierung des Kooperationsvertrages (2012) zwischen dem  
901 damaligen Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) des Landes Nordrhein-  
902 Westfalen und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr.

903 Dieser Vertrag beschreibt das Recht von Jugendoffizieren der Bundeswehr, Jugendlichen  
904 an Schulen in NRW Deutsche Außen- und Militärpolitik nahe zu bringen. Dabei besagt der  
905 Kooperationsvertrag, Jugendoffiziere dürften nicht “für Tätigkeiten in der Bundeswehr  
906 werben. Die Bundeswehr hat allerdings ein erhebliches Eigeninteresse daran, junge  
907 Menschen anzusprechen und für den militärischen Dienst anzuwerben. Etwa die Social-

908 Media-Kampagnen, wie zum Beispiel der YouTube-Kanal „Bundeswehr Exclusive“, sind  
909 genau darauf ausgelegt, eine sehr junge, empfängliche Zielgruppe anzusprechen. Darin  
910 wirkt die Bundeswehr meist wie ein großes Abenteuer, das begeistert und für den  
911 militärischen Dienst wirbt. So auch die Plakat Kampagne „Mach was wirklich zählt“ seit  
912 2015, für die der Staat 10,6 Millionen Euro ausgegeben hat. Und das während allgemein  
913 bekannt ist das es im Bildungsbereich überall an Geld mangelt.

914 Jugendoffiziere sind spezielle Soldat\*innen, die für den Nachwuchs der Bundeswehr  
915 zuständig sind. Während diese an Schulen über die Sicherheitspolitik Deutschlands  
916 aufklären, „informieren“ Karriereberater\*innen auf Job-Messen über den Dienst an der  
917 Waffe. Dabei nehmen sie bewusst in Kauf das Minderjährige sich für den Wehrdienst  
918 entscheiden.

919 Die Jugendoffiziere sind speziell in der Imagepflege der Bundeswehr geschult. Durch ihre  
920 rhetorische Überlegenheit kann es ihnen ein Leichtes sein, gerade sehr junge Menschen für  
921 die Methoden und Strategien der Bundeswehr zu begeistern und militärische  
922 Konfliktlösungen unausweichlich wirken zu lassen. Obwohl an Schulen ein ausdrückliches  
923 Werbeverbot besteht, erhalten die Jugendoffiziere die Möglichkeit zu beschönigen,  
924 verfälschen, manipulieren, indoktrinieren.

925 Der im Kooperationsvertrag festgehaltenen Empfehlung zu Veranstaltungen der  
926 Bundeswehr auch eine Friedensorganisation einzuladen, wird in der Regel nicht  
927 nachgekommen. Selbst wenn dies geschieht kann eine Friedensorganisation nicht mit der  
928 vom Staat gut finanzierten Bundeswehr mithalten, da sie kaum hauptamtlich arbeiten.

929 Wer aus einem derart ausgeprägten Eigeninteresse heraus handelt, kann kaum objektiv  
930 und wertfrei zu Friedensgesinnung animieren und Strategien zum Friedenserhalt  
931 diskutieren. Vielmehr stellt ein solcher Einfluss der Bundeswehr auf die Schüler\*innen  
932 NRWs eine Gefahr für die wertfreie Meinungsbildung dar.

933 Für eine friedensorientierte Erziehung muss die Bundeswehr aus unseren Klassenräumen  
934 verschwinden!

935

### 936 **3. „Einwanderungspolitik“ und Integration**

937 In einer globalisierten Welt muss Integration neu überdacht werden. Grundpfeiler müssen  
938 hierbei vor allem gegenseitige Akzeptanz und beidseitige Offenheit sein.

939 Das Drittländerverfahren muss gänzlich abgeschafft werden. Allein die  
940 Einwanderungspolitik hat sich seit 1993 für Zuflucht suchende Flüchtlinge stark  
941 verschlechtert und verkompliziert. Die Ideen von Humanität und Menschenrechten stehen  
942 dem entgegen. Staatlich müssen Kulturen und Religionen, sofern sie sich denn sowohl auf  
943 demokratische als auch freiheitliche Grundsätze berufen, gleich angesehen werden.  
944 Sprachliches Verständnis, als absolute Vorbedingung des Lebens in einer demokratischen  
945 Gesellschaft, muss vermittelt, gefördert und finanziert werden. Die Integration kann gerade  
946 an diesen Stellen mit Akzeptanz und Handlungsbereitschaft reagieren und verändern.  
947 Sicher ist dieser Weg beschwerlich, jedoch zeigt uns gerade die Vergleichsstudie PISA,  
948 dass eine inklusive Schulform innerhalb einer Gesellschaft vieles leisten und Probleme  
949 lösen kann. So bedeutet ein Migrationshintergrund nicht soziale Abnormalität, impliziert auch  
950 nicht eine Abschiebung auf Schulformen, die jegliche Perspektiven rauben, und  
951 bedeutet auch keine soziale Mobilität nur in eine Richtung, nämlich nach unten. Eine  
952 inklusive und gesamtheitliche Schulform heißt Gleichheit an Chancen und individuelle

953 Förderung auch mit Blick auf den sozioökonomischen Hintergrund. Die Neustrukturierung  
954 der Integration ist eine Chance, die unsere Gesellschaft nicht einfach an sich vorbei gehen  
955 lassen darf.

956

#### 957 **4. Antifaschismus**

958 Schon im Faschismus wurde aktiv von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ein  
959 Zeichen gegen das menschenfeindliche Handeln des Nazi-Regimes gesetzt. Wir als  
960 Schüler\*innen sehen uns in der Tradition dieser Widerstandskämpfer\*innen und sehen es  
961 als unsere Aufgabe an, gegen den Faschismus mit allen seinen Strukturen zu arbeiten. Wir  
962 kritisieren den damaligen Umgang beider deutscher Staaten mit ehemaligen Nazi-Eliten, die  
963 ihre gesellschaftliche Funktion trotz Entnazifizierung weiterhin ausüben konnten.

964 Wir bemängeln, dass heutige Traditionsunternehmen wirtschaftliche Profite aus der  
965 menschenverachtenden Behandlung der Häftlinge in den Konzentrations- und Arbeitslagern  
966 ziehen konnten, indem sie Experimente an diesen vorgenommen haben. Wir fordern, dass  
967 diese Unternehmen heute Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und Entschädigung  
968 leisten.

969 Für Schüler\*innen ist die Berichterstattung über die unterschiedlichen Motive der  
970 Widerstand Leistenden in den Geschichtsbüchern ungenügend. Wir fordern eine  
971 differenzierte und kritische Darstellung auch der antifaschistischen Widerstandsbewegung  
972 im Hitler-Faschismus!

973 Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus im Unterricht findet unzureichend statt und  
974 muss besser in die Lehrpläne integriert werden. Da Schule ein Ort der Demokratie sein  
975 sollte, fordern wir eine von Lehrer\*innen und Schüler\*innen getragene aktive  
976 Aufklärungsarbeit über antidemokratische Strukturen.

977 Genauso ist uns die Auseinandersetzung mit aktuellen neofaschistischen, rechtsradikalen  
978 und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien zu wenig Thema im derzeitigen  
979 Unterricht. Hier wird unzureichend aufgeklärt. Oft werden menschenfeindliche Äußerungen  
980 - zur aktuellen Politik - von Schüler\*innen nicht kommentiert und nicht weiter beleuchtet.  
981 Dies liegt zum einen an mangelnder Zeit und zu geringer Sensibilisierung von Lehrer\*innen  
982 für dieses Thema schon im Studium, zum anderen auch am fehlenden Hintergrundwissen  
983 bzw. gefährlichen Halbwissen der Lehrkräfte. Aus diesem Grunde fordern wir die verstärkte  
984 Sensibilisierung von Lehrkräften und die Einräumung von genügend Zeit.

985 Die Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ befürworten wir deshalb sehr,  
986 fordern aber mehr Nachhaltigkeit für dieses Siegel. Wir fordern alle Schulen, die der  
987 Kampagne folgen auf, der Selbstverpflichtung dieser Initiative gerecht zu werden, also  
988 regelmäßig mit allen Schüler\*innen Veranstaltungen durchzuführen.

989 Wir, die LSV NRW engagieren uns gezielt gegen faschistische und rassistische  
990 Gruppierungen.

991

#### 992 **5. Demokratie und Mitbestimmung**

993 Eine Demokratie kann nur dann eine wirkliche sein, wenn sich die Menschen an ihr  
994 beteiligen und wenn ihnen die Rahmenbedingungen diese Mitbestimmung dieses  
995 ermöglichen. Innerhalb einer Schule muss daher die Schüler\*innenvertretung entsprechend  
996 gefördert werden.

997 Wir fordern die Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler\*innen in der



998 Schule beispielsweise einen Schüler\*innenanteil von mindestens 50% in der  
999 Schulkonferenz.

1000 Ein weiterer wichtiger Schritt hin zu mehr Partizipation ist die Abschaffung der rein  
1001 beratenden Stimmen von Schüler\*innen in Fachkonferenzen. Es ist dringend erforderlich,  
1002 dass Schüler\*innen in den besagten Konferenzen ihren Interessen mit so vielen Stimmen  
1003 wie die stimmberechtigten Lehrer\*innen Ausdruck verleihen dürfen, sodass eine Aufteilung  
1004 von 50% zwischen stimmberechtigten Schüler\*innen und Lehrer\*innen besteht. um eine  
1005 direkte Mitbestimmung zu ermöglichen.

1006 Jede Schüler\*innenvertretung muss das uneingeschränkte Recht auf einen angemessenen  
1007 Raum in der Schule und finanzielle Unterstützung durch die Kommune (mindestens 500  
1008 Euro pro Schuljahr) haben. Darüber hinaus fordern wir das allgemeinpolitische Mandat für  
1009 Schüler\*innenvertretungen, da diese ebenso ein mündiger Teil dieser demokratischen  
1010 Gesellschaft sind wie jeder andere auch.

1011 Schüler\*innen sollen von klein an mit Partizipation und Mitbestimmung vertraut gemacht  
1012 werden. Dies beginnt bereits in der Kindertagesstätte und in der Grundschule, schon hier  
1013 sollen Kindern und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen partizipieren (vgl.  
1014 UN-Kinderrechtskonvention).

1015 So lernen Kinder von klein an die Bedeutungen von Demokratie als Lebensform direkt im  
1016 Alltag kennen. Um Schüler\*innen und Schüler zu vermitteln, wie Mitbestimmung in der  
1017 Gesellschaft aussehen kann, soll es einen verpflichtenden Unterrichtsblock in der Sek I  
1018 geben, in welchem Schülerinnen und Schüler die Rollen von Interessenvertretung,  
1019 Verbänden, Organisationen, Parteien usw. in der Gesellschaft und die Möglichkeit der  
1020 Mitarbeit in diesen Gremien kennen lernen. Zu betonen ist hier, dass das Wirtschaftssystem  
1021 ein Teil des gesellschaftlichen Systems und dementsprechend auch hier die Demokratie  
1022 wirksam ist. Damit sich die Schüler\*innen als vollwertiges Mitglied dieser demokratischen  
1023 Gesellschaft annehmen können, fordern wir eine Umstrukturierung des Politikunterrichts um  
1024 auf freie, gleiche und geheime Wahlen ab 14 hinzuarbeiten. In diesem Unterrichtsblock soll  
1025 klar werden, dass Demokratie in allen Lebensbereichen stattfindet. Auch die Wirtschaft  
1026 muss den Bedürfnissen der Bevölkerung dienen.

1027 Weiterhin fordern wir freie, gleiche und geheime Wahlen ab 14 Jahren für Kommunal-,  
1028 Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Jugendliche sollen etwas zu sagen haben. Im  
1029 Politikunterricht wird ihnen beigebracht, was sie in der Realität gar nicht nutzen können,  
1030 denn sie dürfen schließlich nicht wählen. Die Bedürfnisse von Jugendlichen in Deutschland  
1031 werden viel zu oft nicht ernst genommen, da diese wichtige Gruppe gar nicht in dieser  
1032 Demokratie mitbestimmen darf. Die muss geändert werden. Als zwingende Voraussetzung  
1033 sehen wir die Erziehung der Jugendlichen zu mündigen Staatsbürger\*innen. Dazu gehört  
1034 auch ein entsprechender Politikunterricht, der vermittelt, wie wichtig Wahlen in einer  
1035 repräsentativen Demokratie sind.

1036

## 1037 **6. Emanzipation**

1038 Die Geschichte zeigt große Erfolge der Emanzipation der Frauen auf. Doch noch immer  
1039 werden den Geschlechtern stereotype Rollenbilder zugeordnet. Frauen haben oft Angst,  
1040 beruflich in Männermonopole Einzug zu nehmen. Oftmals werden sie in bestimmten  
1041 Bereichen für die gleiche erbrachte Leistung schlechter bezahlt und erhalten keine  
1042 gleichwertige Beurteilung. Die LSV fordert die uneingeschränkte Gleichberechtigung von

1043 Frauen und Männern. Im schulischen Sinne ist dieses leider oft nicht der Fall.  
1044 Im Unterricht muss jede Schülerin ihren Fähigkeiten entsprechend geschult werden und die  
1045 Möglichkeit haben, sich in allen Interessengebieten weiterzubilden. Schule muss individuell  
1046 fördern und allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, in den jeweiligen  
1047 Wunschberuf einzusteigen. Frauen müssen in ihrem Selbstvertrauen gestärkt werden, dies  
1048 kann zum Beispiel durch die Durchführung von Selbstverteidigungskursen geschehen. In  
1049 gewissen Unterrichtsfächern und -abschnitten macht eine Geschlechtertrennung durchaus  
1050 Sinn. So sollte den einzelnen Gruppen selbst überlassen bleiben, ob sie z. B. die  
1051 Sexualaufklärung gemeinsam erlernen wollen.

1052

### 1053 **7. Integration von Mehr- und Minderheiten**

1054 In unserer aktuellen Gesellschaftsform des kulturellen Nebeneinanders muss Schule die  
1055 Integration von Migrant\*innen, Migrant\*innenkindern und Beeinträchtigten fördern.  
1056 Auffangklassen (= Internationale Förderklassen (IKF)) sollen die Schüler\*innen mit  
1057 umfangreichen Mitteln fördern. Die Integration in Regeklassen soll möglichst schnell  
1058 gewährleistet werden.

1059 Rassismus, Faschismus und Diskriminierung gegen alle Mehr- oder Minderheiten muss  
1060 entgegengewirkt werden. Stattdessen sollte in Schule Zivilcourage gelernt werden.  
1061 Schüler\*innen müssen gegenüber Neuem und Fremden aufgeschlossen sein.

1062 Mit der IGGS fordern wir auch die Eingliederung von Migrant\*innen, Migrant\*innenkindern  
1063 und beeinträchtigten Schüler\*innen. Der Kontakt untereinander sollte als selbstverständlich  
1064 aufgefasst werden. Damit alle Schüler\*innen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert  
1065 werden können und eine Unterstützung gewährleistet ist, fordern wir die Einbeziehung einer  
1066 pädagogischen Begleitung. Diese soll die Entwicklung aller Schülerinnen und Schüler  
1067 unterstützen. Schule bietet den Raum, in dem alle Mehr- und Minderheiten nebeneinander  
1068 und miteinander lernen können. Dies sollte genutzt werden, hier ist der Ansatzpunkt für  
1069 Toleranz, Akzeptanz und ein friedliches Miteinander.

1070

### 1071 **8. Beamtenstatus**

1072 Der Beamtenstatus in seiner derzeitigen Form muss abgeschafft und ersetzt werden durch  
1073 eine Anstellung, deren Gehalt dem Beamtentarif A13 gleicht. Wir fordern eine bundesweite  
1074 gleiche Bezahlung für alle Lehrer und Lehrerinnen, unabhängig von der Schulform, an der  
1075 sie/er beschäftigt ist. Es gibt nur eine Abstufung nach der Anzahl der Wochenstundenzahl.  
1076 So wären Lehrer\*innen Angestellte im öffentlichen Dienst kündigungssicher und wären  
1077 angestelltenversichert. Lehrer\*innen wären politisch mündiger. Das hätte als positiven  
1078 Effekt, dass u.a. Lehrer\*innen für ihr Handeln stärker verantwortlich gemacht werden  
1079 können.

1080

### 1081 **9. Soziale Ungleichheit**

1082 Trotz Haushaltsüberschüssen von mehreren Milliarden Euro, öffnet sich die Schere  
1083 zwischen arm und reich immer weiter. Ein Prozent der Deutschen besitzen mehr Vermögen  
1084 als 50% der restlichen Bevölkerung. Studien belegen, dass die Bildungsaussichten von  
1085 Kindern in Deutschland noch immer sehr stark vom akademischen Grad der Eltern  
1086 abhängen. Dabei hinkt Deutschland, auch im europäischen Vergleich, noch immer hinterher.  
1087 Die LSV NRW fordert eine stärkere Ausschärfung des im Grundgesetz geforderten „sozialen

1088 Ausgleich“ und die besondere Förderung der Bildungschancen von Kindern aus weniger  
1089 privilegierten Familien.

1090

1091

1092 **Beschluss der 84. LDK geändert durch die 91. LDK, 92. LDK, 96. LDK, 104. LDK, 106.**  
1093 **LDK, 107. LDK, 111. LDK, 113. LDK, 114. LDK, 115. LDK, 118. LDK, 119. LDK, 121. LDK,**  
1094 **122. LDK, 123. LDK, 126. LDK und von der 142. LDK am 02.02.2025**

1095



1096